

**Staatsanwaltschaft****Traunstein**

Aktenzeichen: 201 I AR 29/02

(Bitte stets angeben)

Staatsanwaltschaft Traunstein
Postfach 1480, 83276 TraunsteinHerrn
Karl Krafeld
Albrechtstr. 17

44137 Dortmund

Strafanzeige vom 05.12.2001
gegen Angelika Graf
wegen übler NachredeTelefon-Nr.: 0861/56-0
Telefax-Nr.: 0861/56-700
Durchwahl-Nr.: 0861/56653
Sachbearbeiter: Herr StAGrL Hammerding

Traunstein, 29.01.2002/mo

*GST München
Nymphenburger Str. 76
80335 München
Fax 089/5597425*

Sehr geehrter Herr Krafeld,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens habe ich mit
Verfügung vom 28.01.2002 gemäß § 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung
abgesehen.**Gründe:**

Nach Aktenlage ist kein strafbares Verhalten der angezeigten Angelika Graf gegeben. Der Anzeigeerstatte ist erster Vorsitzender des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V.", der der derzeitigen Impfpraxis ablehnend gegenübersteht. Angelika Graf ist Bundestagsabgeordnete und hat sich gegenüber dem Oberbayerischen Volksblatt zu den Aussagen des Vereins Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. geäußert. Diese Äußerungen werden in der Ausgabe des OVB vom 08.11.2001 u.a. wie folgt wiedergegeben:

"Soviel Unsinn auf einem Haufen habe ich selten gesehen", erklärte gestern die Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf (SPD).

"Kriminell wird die Sache, wenn unter pseudowissenschaftlichem Deckmantel vor besorgten Eltern unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen aufgestellt werden", so Graf weiter. Sie habe die zuständige Staatsanwaltschaft in Stuttgart dazu aufgefordert, den Verein und seine Hintermänner zu überprüfen.

- 2 -

Erkundigungen bei Sektenexperten hätten ergeben, daß der Verein "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte" Teil einer Szene ist, die aus esoterischen Zirkeln besteht. Besonders durch das Internet gewinne diese Szene zunehmend an Einfluß - vor allem auf psychisch und gesundheitlich Gefährdete. Nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden könne, daß es Querverbindungen zu Sekten, insbesondere zur Scientology-Organisation gibt.

2.)

Die Äußerungen der Bundestagsabgeordneten Graf sind gemäß § 193 StGB durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigt. Es handelt sich um eine öffentliche Äußerung einer politischen Mandatsträgerin zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse. Aus diesem Grund ist das Grundrecht der freien Meinungsäußerung bei der Beurteilung der Zulässigkeit der beanstandeten Äußerungen von besonderer Bedeutung. Bei der gebotenen Abwägung zwischen dem Schutz der Ehre der Verantwortlichen des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte" einerseits und dem Recht der Abgeordneten Graf auf freie Meinungsäußerung, kommt letzterem hier das größere Gewicht zu. Im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung kann es einem Abgeordneten nicht untersagt werden, auch Vermutungen zu äußern, so lange die Auseinandersetzung im Kern an der Sache orientiert bleibt. Es ist Teil einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung, wenn man sich auch mit der Person und den Motiven des jeweiligen Gegners auseinandersetzt. Im vorliegenden Fall beinhalten die Aussagen der Abgeordneten Graf über den Verein Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte zwar eine scharfe Kritik, diese überschreitet aber noch nicht die Grenze zur unsachlichen Schmähkritik. Damit sind die entsprechenden Äußerungen noch durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.

Der Tatbestand der falschen Verdächtigung gemäß § 164 Abs. 1 StGB ist ohnehin nicht erfüllt, da sich bei den Äußerungen gegenüber einem Presseorgan um keine Anzeige im Sinne dieser Vorschrift handelt. *falsch*

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war deshalb abzusehen.

Etwas zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Hochachtungsvoll

gez. Hammerdinger
Staatsanwalt als Gruppenleiter

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.